Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4069**
17. Wahlperiode 02. 12. 2010

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Ott, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/2485 –

Europäisches Klimaschutzziel für 2020 anheben

A. Problem

Der Antrag zielt darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, das gemeinsame Klimaschutzziel für 2020 ohne Vorbedingungen auf 30 Prozent Emissionsminderung gegenüber dem Jahr 1990 zu erhöhen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/2485 abzulehnen.

Berlin, den 10. November 2010

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende und Berichterstatterin

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Dr. Hermann Ott
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Frank Schwabe, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Dr. Hermann Ott

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/2485** wurde in der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Oktober 2010 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag zielt darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, das gemeinsame Klimaschutzziel für 2020 ohne Vorbedingungen auf 30 Prozent Emissionsminderung gegenüber dem Jahr 1990 zu erhöhen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/2485 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/2485 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/2485 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/2485 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/2485 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 17/2485 in seiner 26. Sitzung am 10. November 2010 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit setze sich für ein unkonditioniertes 30-Prozent-Ziel auf europäischer Ebene ein, 30 Prozent Reduktion gegenüber 1990 ohne Bedingungen. Die Arbeitsgruppe Umwelt der CDU/CSU-Fraktion unterstütze diese Position und diesen Kurs ohne Vorbehalte. Sie unterstütze eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb Europas. Es sei im Sinne der Wirtschaft, dass Gleiches in Europa gelte und auch dort das unkonditionierte Ziel erklärt werde. Man hoffe, dass durch die in Auftrag gegebenen Analysen des Umweltrates diese Argumente noch schärfer auf europäischer Ebene und gegenüber den EU-Mitgliedstaaten herausgearbeitet würden, sodass die Befürworter einer solchen Linie dadurch noch Unterstützung erhielten.

Die **Fraktion der SPD** betonte, die Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher dem Realitätssinn geschuldet als der Notwendigkeit. In der Tat gebe es noch eine Anforderung bis zum Jahr 2010 hinsichtlich einer Senkung in Höhe von 2,7 Prozent. International werde dies nicht als ambitioniert empfunden. Insofern sei es geboten auf 30 Prozent zu gehen, dies mache Sinn aus deutscher Sicht, selbst wenn das europäische Ziel etwa gleich mit dem deutschen Ziel sein müsse. Insgesamt gelte es, wegzukommen von der Konditionierungsdebatte. Stattdessen müsse die Chance der Modernisierung der europäischen Volkswirtschaft in den Vordergrund gestellt werden. Es mache Sinn, die Effizienzziele und die Ziele zum Umbau der Energieversorgung auch in Anforderungen für die Industrie zu gestalten. Die letzten Jahre und Jahrzehnte hätten gezeigt, dass dies funktioniere. Es handele sich um eine Erfolgsstrategie für Europa, die unabhängig von der politischen Strategie in den USA sei.

Die **Fraktion der FDP** stellte klar, man befinde sich in der Frage 30 Prozent in einem Widerspruch zwischen dem, was man möglicherweise international für sinnvoll halte, nämlich ein Druckmittel weiterhin in der Hinterhand zu haben, und auf der anderen Seite dem nationalen Interesse, dass, wenn Deutschland 40 Prozent unkonditioniert anstrebe, dies auch die europäischen Partnerländer im vergleichbaren Maße tun, was dann in etwa 30 Prozent auf EU-Ebene entspräche. Sie halte es für richtig, dass der Europäische Rat beschlossen habe, die Frage der 30 Prozent in 2011 vor dem Hintergrund der Cancún-Verhandlungen zu entscheiden. Die Frage, wie eine zusätzliche Zusage die Verhandlungen für Südafrika 2011 tatsächlich positiv beeinflussen könne, sei auch vor dem Hintergrund der UN-Konferenz in Cancún zu bewerten. Deshalb halte die Fraktion der FDP den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht.

Die **Fraktion DIE LINKE.** äußerte, sie unterstütze den Antrag. Die EU-Kommission habe dargelegt, dass zusätzlich nur etwa 33 Mrd. Euro bereitgestellt werden müssten, um das Minderungsziel von 30 Prozent zu erreichen. Aufgrund der Überkapazität von CO_2-Zertifikaten gebe es den Vorschlag, diese in einen Pool zu geben und sie in die nächste Periode zu nehmen. Dies würde auch die Preise beeinflussen

und zu weniger CO_2-Ausstoß führen. Leider werde dies zum großen Teil in der EU noch nicht so gesehen. Gemeinsam sollte angestrebt werden, wie dieses Ziel befördert werden könne. Es existierten große Übereinstimmungen, jedoch nicht zur Frage des Zeitpunktes. Man sei gut beraten, nach Cancún mit dem Klimaschutzziel 30 Prozent zu reisen. Die Klimaverhandlungen könnten auch scheitern, wenn man ohne Festlegung zusammenkomme. Bedauerlich sei, dass dies mehrheitlich anders gesehen werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, das Thema sei von besonderer Aktualität. In einigen Wochen würden in Cancún Verhandlungen über die Weiterführung der internationalen Klimapolitik geführt. Die Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls liefen im Jahre 2012 aus. Allgemein bekannt sei, welch wichtige Rolle die Europäische Union bei diesem Thema spiele. Ferner sei man sich über die wichtige Rolle einig, die Deutschland in Europa spiele und welche Rolle ein nichtkonditioniertes 30-Prozent-Ziel zur Erreichung von Fortschritten im internationalen Klimaschutz spiele. Uneinigkeit herrsche über die Ursachen des Nichtvoranschreitens. Vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit seien die neuesten Zahlen mitgeteilt worden: Im Jahr 2009 gebe es 17,3 Prozent der Emissionen im Vergleich zu 1990. Es sei nach außen nicht zu vermitteln, weder in der Bevölkerung noch im Hinblick auf die Entwicklungsländer, dass die Europäische Union sich ein fantastisches Ziel von minus 2,7 Prozent bis zum Jahre 2020 setze. Denn dabei handele es sich um das, was jetzt noch fehle im Verhältnis zu dem, was schon an Emissionsminderungen erreicht worden sei. Insofern seien die Anstrengungen des Bundesumweltministers gemeinsam mit den Umweltministern von Frankreich und Großbritannien hinsichtlich eines nichtkonditionierten 30-Prozent-Ziels zu begrüßen. Leider sei aber Deutschland auf europäischer Ebene nicht als Befürworter eines unkonditionierten 30-Prozent-Ziels aufgetreten. Das seien vielmehr Großbritannien, Dänemark und Finnland. Es gebe einige Staaten, die dem grundsätzlich negativ gegenüberstünden, vor allen Dingen Griechenland und Italien, aber auch die osteuropäischen Länder. Dies sei um so erstaunlicher, als eine Studie für die EU-Kommissarin Connie Hedegaard nachgewiesen habe, dass die Kosten für ein 30-Prozent-Ziel unkonditioniert, praktisch höher seien als die Kosten, die vor der Krise 2008 für das 20-Prozent-Ziel ausgerechnet worden seien, nämlich ungefähr 10 Mrd. Euro pro Jahr nur höher. Außerdem sei ein solches Ziel geeignet, die europäische Industrie mit grünen Technologien wieder nach vorne zu bringen und eine gute Ausgangsposition zu schaffen. Es sei eine Option für den Bundesumweltminister, seine neue Durchschlagskraft unter Beweis zu stellen, möglichst schon in Cancún, spätestens aber bei dem nächsten Frühjahrsgipfel der Europäischen Union, bei dem die Marschroute für Südafrika 2012 festgemacht werde.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/2485 abzulehnen.

Berlin, den 10. November 2010

Andreas Jung (Konstanz) Berichterstatter	**Frank Schwabe** Berichterstatter	**Michael Kauch** Berichterstatter
Eva Bulling-Schröter Berichterstatterin	**Dr. Hermann Ott** Berichterstatter	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333